

Kommunikation trotz Mauer

Post- und Telefonverkehr zwischen DDR und BRD

Einschränkungen im Post- und Telefonverkehr bis 1972

Die Kommunikation per Post und per Telefon lag in Deutschland traditionell und bis tief ins 20. Jahrhundert in staatlichen Händen. Nach der Kapitulation Deutschlands 1945 errichteten die Besatzungsmächte jeweils eigene Postverwaltungen in ihren Zonen, die zügig ihre Arbeit aufnahmen, um die Kommunikation innerhalb ihrer Zone zu ermöglichen. Weil man von einem zusammenhängenden Postgebiet ausging, kamen die Verwaltungen, Bezirksdirektionen und Postämter schnell wieder in Kontakt und nahmen am 24. Oktober 1945 einen begrenzten interzonalen Briefverkehr auf. Im Mai 1946 kam auch ein Paket- und Päckchenverkehr zwischen Westberlin und der SBZ hinzu. Nachdem die Alliierte Kommandantur ein Jahr später den Paketverkehr zwischen Westberlin und allen anderen Zonen zuließ, waren indirekt wieder Paketsendungen bis 7 kg zwischen allen deutschen Orten möglich. Doch es war relativ umständlich, ein Päckchen beispielsweise von Düsseldorf nach Leipzig zu schicken. Denn hierfür musste das Paket zu einer Privatadresse in Westberlin geschickt und von dort zum Zielort gesendet werden, natürlich neu frankiert.



DDR-Amtsblatt

Die mühsam aufgebauten Verbindungen zwischen den Postverwaltungen wurden mit der Berlin-Blockade bereits ab Juni 1948 in Menge und Gewicht deutlich eingeschränkt, aber er blieb immerhin erhalten. Erst im Mai 1949 wurde wieder ein normaler Briefverkehr und später auch der direkte Paket- und Päckchenverkehr zwischen der SBZ und den westlichen Besatzungszonen aufgenommen. In dieser Form, aber ohne rechtliche Abmachungen, funktionierte die innerdeutsche Post bis Anfang der 70er Jahr und war damit ebenso wie viele andere Bereiche des Alltags deutlich von der politischen "Großwetterlage" abhängig. In der BRD wurde 1950 die staatliche "Deutsche Bundespost" als zentrale Einrichtung für das Post- und Fernmeldewesen gegründet. In der DDR lagen diese Aufgaben zunächst bei verschiedenen staatlichen Verwaltungen bis 1959 die staatliche "Deutsche Post" gegründet und dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen unterstellt wurde.



PUBLIC DOMAIN

Der Telefonverkehr wurde zunächst vor allem durch die Kriegszerstörungen eingeschränkt. Doch schon ab Anfang 1946 gab es wieder einen eingeschränkten Fernmeldeverkehr, der sich bis 1949 normalisierte. Als die DDR 1952 Sperrmaßnahmen an der innerdeutschen Zonengrenze veranlasste, wurden auch die wenigen Kabelverbindungen zwischen den Zonen verringert, letztlich waren es nur noch 34 grenzüberschreitende Telefonkabel. Die 4.000 innerstädtischen Leitungen im geteilten Berlin wurden in Ostberlin an der Grenze zu Westberlin einseitig gekappt. Um den Bürgern im Ostteil und in der übrigen DDR Telefonate in den westlichen Teil der Stadt zu ermöglichen, richteten die Westberliner Postämter an der Sektorengrenze Münzfernsprecher für DDR-Münzen ein. Nach dem Bau der Berliner Mauer war auch das nicht mehr möglich.

Paketaktionen und Westpakete

Bereits 1949 entstanden in den Westzonen, wo man von den Amerikanern die CARE-Pakete kannte, erste Paketaktionen, die den wirtschaftlich schlechter gestellten Osten mit Waren versorgen sollten. Wohlfahrtsverbände, aber vor allem die Kirchen engagierten sich hier. Die DDR sah diese Lieferungen sowohl aus politischer wie auch aus wirtschaftlicher Sicht kritisch, obwohl sie auf Westpakete angewiesen war, um Löcher im eigenen Versorgungssystem zu stopfen: "Schiebertum" und Versand von "kriegerischem und undemokratischem Gedankengut" sollten unterbunden werden. Darum wurde 1954 eine Verordnung erlassen, die sogenannte Geschenkpakete und Päckchen nur noch zwischen Privatpersonen zuließ. Voraussetzungen zum Erhalt eines "Westpakets" waren zudem die persönliche Beziehung zwischen Sender und Empfänger und die persönliche Verwendung des Paketinhaltes, um eine Paketvermittlung zu verhindern. Maximal zwölf solcher Sendungen durfte eine Person im Jahr erhalten und die erlaubten Inhalte waren ebenfalls beschränkt: Zahlungsmittel jeglicher Art, schriftliche und qedruckte Mitteilungen, Literatur mit "kriegerischem oder antidemokratischem Charakter", Schallplatten, Bilder und militaristisches Kinderspielzeug waren verboten. Ab 1955 wurden auch Konserven nicht mehr zugelassen, Medikamente nur noch auf Rezept (ab 1961 gar nicht mehr) und Kleidung benötigte eine Desinfektionsbescheinigung.

Erlaubte Höchstmengen pro Paket ab 1954

- Gesamtgewicht: Päckchen bis 2 kg, Pakete bis 5 kg (aus Westberlin bis 20 kg)
- Zustellungen: maximal 12 Annahmen
- 250 q Kaffee
- 250 g Kakao
- 300 g Schokolade
- 50 g Tabak oder Tabakerzeugnisse

Auf die Geschenkverordnung reagierten die westlichen Hilfsorganisationen umgehend: Die Pakete wurden privat von den Mitgliedern gepackt, gelegentlich mit einem gebrauchten Kleidungsstück versehen und an eine festgelegte DDR-Adresse geschickt. So bildeten sich ehrenamtliche "Paket-Pack-Kreise", die ab 1954 jedes Jahr mit etwa 100 Mio. DM aus Marshallplan-Mitteln zusätzlich unterstützt wurden. Sie wurden hauptsächlich von geflohenen oder vertriebenen Frauen

getragen, die den Kontakt zu ihren zurückgelassenen Verwandten und Bekannten bis zur Wiedervereinigung aufrechthalten konnten. Schätzungsweise 40 Mio. Pakete wurden 1955 bis 1961 jedes Jahr in den Osten geschickt – ab 1961 waren es jährlich mehr als 50 Mio. Aus der DDR kamen im Gegenzug immerhin 21 Mio. Stück, wobei ihr wertmäßiger Inhalt massiv eingeschränkt wurde: ab 1955 durfte er höchstens 30 DDR-Mark betragen. Die Liste verbotener Waren war lang. Vor allem wertvolle Güter wie optische Geräte sollten nicht einfach so dem Westen "geschenkt" werden, weil die DDR mit einigen hochwertigen Produkten auf dem Weltmarkt wertvolle Devisen verdienen konnte.



Innere Mission und Hilfswerk der Evangelischen Kirche erhalten und verteilen Care-Pakete. 1954

BUNDESARCHIV / BILD 194-0914-11A / HANS LACHMANN/ CC-BY-SA

Post- und Telefonverkehr nach 1972

Seit den Verhandlungen zwischen DDR und BRD, die 1972 zum Grundlagenvertrag führten, gab es in den 70er und 80er Jahren auch auf Postebene deutliche Erleichterungen: Pakete durften nun statt 7 kg bis zu 20 kg wiegen, Konserven wurden wieder erlaubt und die Höchstmengen für bestimmte Produkte wurden ebenfalls erhöht. Mit dem 1976 geschlossen Post- und Fernmeldeabkommen fielen auch die Desinfektionsbescheinigung für getragene Kleidung und die Höchstgrenzen für Genussmittel weg. In den 80er Jahren wurden schließlich die Obergrenze der empfangbaren Westpakete und das Versandverbot für Schallplatten und Tonbänder aufgehoben. Bis zum Schluss mussten die Pakete jedoch privat versendet werden. Wurde gegen diese Verordnung verstoßen, wurden die Pakete vom Zoll der DDR entschädigungslos eingezogen.

Erlaubte Höchstmengen ab Anfang der 70er Jahre bis 1976

- Gesamtgewicht: Pakete bis 20 kg
- 500 q Kaffee
- 1.000 g Schokolade
- 250 g Tabakwaren
- 1 Liter Schnaps
- 2 Liter Wein und Sekt



Weihnachten 1958 herrscht Höchststand im Geschenkpaketverkehr der DDR nach Westdeutschland

BUNDESARCHIV / BILD 183-60958-0001/ KRÜGER / CC-BY-SA

Mit der Verbesserung der Versorgungslage in der DDR nahm die Zahl der Westpakete ab und sank bis 1987 auf 24 Mio. Außerdem fanden viele Waren durch erleichterte Reisebedingungen ihren Weg als Mitbringsel in die DDR. Der Versorgungseffekt war enorm: Bei Genussmitteln erreichten die Geschenke 1988 über fünf Prozent des DDR-Einzelhandelsumsatzes, bei Textilien gar über zwanzig Prozent. Ihre wirtschaftliche wie menschliche Bedeutung behielten die "Westpakete" bis zur Wiedervereinigung. Dies unterstreicht auch der Umfang der Briefpost in den 80er Jahren. In beide Richtungen wurden jedes Jahr zwischen 62 und 95 Mio. Briefe geschickt. Hinzu kam ein stark ansteigender Telefonkontakt zwischen Ost und West, wobei es leider nur Zahlen in eine Richtung gibt. Aus der BRD wurden 1969 eine halbe Million Telefonate in die DDR gezählt – 1987 waren es mehr als 35 Millionen.

Telefonverbindungen in West-Ost-Richtung (in Mio.)

- 1969 0.5
- 1972 5,1
- 1980 23,0
- 1987 35,5

1990 wurde die DDR-Post nach Artikel 27 des Einigungsvertrages in die Deutsche Bundespost eingegliedert. Dabei wurden die Aufgaben von Postdirektionen schon in drei Bereiche zergliedert, weil schon seit 1989 feststand, dass die Post der BRD privatisiert werden sollte. Im Zuge dieser großen Reformen wurde die Deutsche Bundespost 1994 aufgelöst und es wurden drei Aktiengesellschaften gegründet: Die Deutsche Post AG, die Deutsche Telekom AG und die Deutsche Postbank AG.

Bereich der Bezirksdirektion	Postleitzahl zweistellige Grundleitzahl
Berlin Frankfurt Potsdam Neubrandenburg Rostock Schwerin Magdeburg Halle Erfurt Suhl Gera Leipzig Cottbus Dresden Karl-Marx-Stadt (Chemnitz)	10 - 11 12 - 13 14 - 19 20 - 21 22 - 25 26 - 29 30 - 39 40 - 49 50 - 59 60 - 64 65 - 69 70 - 74 75 - 79 80 - 89 90 - 99

DDR-Postleitzahlen

Spionage auf beiden Seiten

Über die gesamte Zeit der deutschen Teilung wurden Post- und Telefonverkehr massiv überwacht – von beiden Seiten. Die Westalliierten unterhielten ebenso gewaltige Abhörstationen wie die sowjetische Armee, die Geheimdienste beider deutscher Staaten standen dem in Nichts nach. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR unterhielt mit der Abteilung M einen Apparat für die Überwachung der Post. Die Zahl der Mitarbeiter stieg von einigen Dutzend im Jahr 1950 auf knapp 2.200 im Jahr 1989. Dabei wurden die grenzüberschreitenden Sendungen in der DDR von einer konspirativen "Stelle 12" bei den Postämtern vorsortiert und dann vom MfS geöffnet. Die Öffnung erfolgte ab den 70er Jahren mit speziellen Öffnungs- und Schließgeräten zunehmend automatisiert. Damit konnten bis zu 1.000 Briefe pro Schicht geöffnet werden. Ziel der Überwachung war zum einen die Abwehr feindlicher "Agententätigkeit" und zum anderen die massive Kontrolle der eigenen Bevölkerung.



PUBLIC DOMAIN

Lange ging man davon aus, die Gesetzgebung der BRD diente auch im Kalten Krieg lediglich der Kontrolle von Handelswaren und verfassungswidrigem Propagandamaterial. Doch 2013 ergab eine Studie von Josef Foschepoth, "dass fast der gesamte Postverkehr mit der DDR überwacht und ausgewertet wurde und bereits 1952 die Bundespost und die Geheimdienste systematisch und ohne Rechtsgrundlage in das Postgeheimnis eingriffen." Erst 1968 wurde die Überwachung gesetzlich geregelt, nicht aber eingestellt. Bis dahin war sie nicht konform mit dem Grundgesetz und betraf bis Anfang der 70er Jahre nachweislich über 100 Mio. Postsendungen aus der DDR. Trotzdem muss unterstrichen werden, dass die Folgen für die Bürger bei weitem nicht so weitreichend und gefährlich waren wie in der DDR. 1963 machte Werner Pätsch die Ausspähung in der BRD öffentlich ("Abhöraffäre") und wurde daraufhin vom Bundesgerichtshof auf Bewährung verurteilt. Zurückblickend war er eine Art Edward Snowden der deutsch-deutschen Geschichte. Gerade die Lage der BRD als anti-kommunistischer Frontstaat unterstrich seit 1945 die Auffassung der westlichen Siegermächte, alle Möglichkeiten der Post- und Telefonüberwachung zu nutzen, die sich boten.



Flagge der deutschen Post von 1950 bis 1994

PUBLIC DOMAIN

Zeitstrahl

	24.10.1945	Aufnahme eines begrenzten Briefverkehrs zwischen den Besatzungszonen
	16.5.1946	eingeschränkter Paket- und Päckchenverkehr zwischen Westberlin und der SBZ
	10.5.1947	Zulassung des Paketverkehrs zwischen Westberlin und allen anderen Zonen
 	24.6.1948 – 12.5.1949	Berlin-Blockade, stark eingeschränkter Brief- und Paketverkehr ab 2.7.1948 zwischen den westlichen Zonen und der SBZ
	1949	Die Evangelische Kirche in Deutschland beschließt eine "Paketaktion", mit der Westdeutsche ihre ostdeutschen Mitbürger materiell unterstützen können
 	1.4.1950	Gründung der "Deutschen Bundespost" der BRD
	1952	Durch Sperrmaßnahmen der DDR an der innerdeutschen Grenze stehen nur noch 34 Kabelverbindungen zwischen Ost und West zur Verfügung; alle 4.000 innerstädtischen Telefonleitungen Berlins werden sukzessive gekappt
	05.08.1954	"Verordnung über den Geschenkpaket- und Päckchenverkehr auf dem Postwege mit Westdeutschland, Westberlin und dem Ausland" durch die DDR, mit der der Warenverkehr per Post massiv eingeschränkt wird
	1954	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen beginnt mit der Unterstützung der "Paket-Pack-Kreise", die Pakete packen und aus der BRD in die DDR schicken
	3.4.1959	Gründung der "Deutschen Post" der DDR
	30.9.1971	Unterzeichnung eines Protokolls über Postverhandlungen im Zuge verschiedener Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten, deutliche Erleichterungen im Postverkehr sind die Folge
	30.3.1976	Unterzeichnung eines Post- und Fernmeldeabkommens zwischen DDR und BRD
	1990	Einigungsvertrag, Eingliederung der "Deutschen Post" der DDR in die "Deutsche Bundespost" der BRD
	1994/95	Privatisierung der Deutschen Bundespost und Bildung der Aktiengesellschaften Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG und Deutsche Postbank AG

Zusatzinformationen

Begriffe

Berlin-Blockade

Nach der Einführung einer eigenen Währung für die vereinigte Trizone durch Frankreich, Großbritannien und die USA am 20. Juni 1948 reagierte die Sowjetunion mit der Einführung einer eigenen Währung in ihrer Besatzungszone. Als auch in Westberlin die D-Mark als Zahlungsmittel durch die Westalliierten durchgesetzt wird, unterbricht die Sowjetunion am 24. Juni sämtliche Land- und Wasserwege nach Westberlin. Bereits zwei Tage später richten die Westalliierten eine Luftbrücke zur Versorgung der Bevölkerung Westberlins ein. Die Blockade wird erst am 12. Mai 1949 durch das Abkommen von New York beendet. In den fast 11 Monaten ihres Bestehens umfasste die Luftbrücke 277.728 Flüge mit der Lieferung von über 2,3 Mio. Tonnen Gütern, darunter etwa 68% Kohle und etwa 23% Lebensmittel.

Deutsche Bundespost

Die Deutsche Bundespost wurde 1950 gegründet und unterstand dem Bundesministerium für Post und Fernmeldewesen. Sie beschäftigte 1985 insgesamt 543.200 Mitarbeiter und war damit gemeinsam mit der Deutschen Bundesbahn der größte Arbeitgeber der BRD. Durch zwei große Postreformen 1989 und 1994 sollte die staatliche Einrichtung aufgelöst und privatisiert werden. Dazwischen übernahm sie 1990 die Post der DDR. Nach der Auflösung 1994 übernahmen ihre Aufgaben drei Aktiengesellschaften: Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG und Deutsche Postbank AG. Damit wurden die bis dahin gemeinsam geführten Geschäftsbereiche Post und Telefon getrennt.

Deutsche Post

Deutsche Post war der offizielle Name der Post der DDR. Sie wurde 1959 gegründet und als staatliche Einrichtung dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der DDR unterstellt. Schon seit 1945 übernahm als Postverwaltung den Postverkehr der SBZ. Auch in der DDR wurden Postaufgaben (Briefe, Pakete und Päckchen) sowie Fernmeldedienste (Telefon, Telex etc.) gemeinsam von der Post verantwortet. Mit der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 wurde die Deutsche Post der DDR mit der Deutschen Bundespost verschmolzen.



Fakten

Briefe, Pakete Päckchen (in Mio)

		Von Ost nach West	von West nach Ost
1980	Briefe	70	83
	Pakete	9	27
1984	Briefe	85	62
	Pakete	9	25
1987	Briefe	95	75
	Pakete	9	24

"Merkblatt für den Postversand von Geschenkpaketen in die Sowjetzone, November 1961": http://www.chronik-der-mauer.de/index.php/service/Start/Detail/id/758869/page/5

Literatur

Kurt Plück: Innerdeutsche Beziehungen auf kommunaler und Verwaltungsebene, in Wissenschaft, Kultur und Sport und ihre Rückwirkungen auf die Menschen im geteilten Deutschland, in: Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland". Baden-Baden, 1995.

Christian Härtel / Petra Kabus: Das Westpaket. Geschenksendung, keine Handelsware. Berlin, 2001.

Hanna Labrenz-Weiß: Abteilung M (MfS Handbuch). Berlin, 2005. http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421301720

Josef Foschepoth: Überwachtes Deutschland, Göttingen, 2013.